

## NJ-ANSICHTSSACHE



[Foto: Pascal Bühning, Universität zu Köln]

**Prof. Dr. Markus Ogorek, LL.M. (Berkeley),  
Universität zu Köln**

## Verfassungsschutz verdient Anerkennung

„Verfassungsschutz“ ist bekanntlich die Bezeichnung des deutschen Inlandsnachrichtendienstes, oder genauer: des entsprechenden Bundesamtes und der sechzehn Landeseinrichtungen. So pathetisch der Begriff klingen mag, so wenig können viele Deutsche mit den Behörden etwas anfangen. Und während der britische MI5 oder das (nur teils vergleichbare) US-amerikanische FBI in Bevölkerung und Medien breite Anerkennung genießen, denken vielen Deutsche beim Verfassungsschutz an Schlapphüte und Aktenböcke. Hierfür mag es gute Gründe geben; manche Kritiker meinen allerdings, dieses (Zerr-)Bild sei den Verantwortlichen nicht wirklich unlieb, weil es allzu neugierige Fragen gar nicht erst aufkommen lasse.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass das öffentliche Ansehen des Verfassungsschutzes seit jeher zu wünschen übriglässt. So titelte der „Der Spiegel“ zu einer Untersuchung über die ersten Jahrzehnte des Amtes: „Chaostruppe mit Altnazis“. Im Kalten Krieg galt der bundesrepublikanische Inlandsdienst gemeinhin im (ungerechten) Vergleich mit der DDR-Staatssicherheit als unterlegen – obwohl eine neue Auswertung teils geheimer Unterlagen ein etwas veröhnlicheres Bild zeichnet. Gegner schufen sich die Behörden weiterhin im Lager der politischen Linken, da sie die durch den „Radikalerlass“ eingeführten Regelüberprüfun-

gen vornahmen. Erinnert sei ferner an den „NSU“, der trotz zahlloser Vertrauenspersonen im Umfeld der Terroristen nicht enttarnt werden konnte. So manches Landesamt muss sich schließlich sogar vorhalten lassen, die örtliche rechtsextreme Szene planmäßig mit aufgebaut und dann offenbar die Kontrolle verloren zu haben.

Wer nun meint, all dies rechtfertige eine undifferenzierte Ablehnung des heutigen Verfassungsschutzes, greift dennoch zu kurz. Ob MI5 oder FBI, bei jedem dieser Dienste gab es Intrigen, Skandale und Pannen. Der Hinweis auf diesen Umstand taugt nicht als Apologie, mahnt allerdings zur Vorsicht bei grundstürzenden Reformvorschlägen. Fragen sollten wir uns stattdessen, ob die Verfassungsschutzbehörden den heutigen Herausforderungen wirksam begegnen können.

Hier ergibt sich ein vielschichtiger Befund. Was den traditionell schwer aufzuklärenden Linksextremismus anbelangt, konnte das Bundesamt vor wenigen Monaten jedenfalls einen PR-Erfolg erzielen, als es im Ausland den wohl entscheidenden Kronzeugen für den Prozess gegen Lina E. auftrieb. Anders als früher steht der Rechtsextremismus mit dem verwandten Milieu von Reichsbürgern und Selbstverwaltungen inzwischen ganz im Mittelpunkt der nachrichtendienstlichen Tätigkeit, von der Beobachtung „bloßer“ Extremisten bis hin zur Terrorbekämpfung. Mit größtmöglicher Deutlichkeit adressieren die Behörden ihre Sorgen bezüglich der AfD, die im Bund als „Verdachtsfall“ und in den Ländern teils sogar als „gesichert extremistische Bestrebung“ angesehen wird. Anders als noch bei den „Republikanern“ scheinen die Hinweise des Verfassungsschutzes dem Erfolg der Partei jedoch keinen Abbruch zu tun. Sichtbarer sind die Ergebnisse bei der Abwehr gewaltbereiter Bestrebungen, die in letzter Zeit insbesondere in der Aushebung der „Gruppe Reuß“ dokumentiert wurden.

Weitgehend durch den Rechtsextremismus aus der Wahrnehmung verdrängt wurde der islamistische Terrorismus, der jedoch weiterhin erhebliche Ressourcen bei der Gefährderbeobachtung bindet. Und schließlich fordert die Spionage, flankiert von Cyberangriffen, den Inlandsnachrichtendienst immer stärker. Mit großem Aufwand richtet sich die Aufklärung in Richtung der russischen Auslandsvertretungen, von denen eine kontinuierlich hohe Agententätigkeit ausgeht. Die deutsche Spionageabwehr erzielte hier in den letzten Monaten einige Erfolge; wenn auch vor allem dort, wo sich Personen (BND, Bundeswehr-Beschaffungsamt) selbst andienten. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die deutsche Schlagkraft nicht selten zentral von Hinweisen potenterer Partnerdienste abhängt. Größere Probleme scheint der Verfassungsschutz beim Kampf gegen die aufstrebende chinesische Ausforschung zu haben, die aufgrund ihrer Schwerpunkte in Wirtschaft und Wissenschaft schwerer zu detektieren ist.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Teils operiert der Verfassungsschutz erfolgreich, teils hat er noch offene Flanken. Wer den Schutz der inneren Sicherheit ernst nimmt, sollte die Arbeit der hiermit betrauten Dienste daher kritisch begleiten. Verfehlt wäre es hingegen, pauschal die Abschaffung der Behörden zu fordern oder ihnen von vornherein mit einem diffusen Misstrauen zu begegnen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung findet ihren Ausgangspunkt in der Würde des Menschen. Verfassungsschutz ist deshalb Menschenwürdeschutz – und verdient als solcher unsere Anerkennung.